



Freitag, 21. Dezember 2018, 12:00 Uhr
~3 Minuten Lesezeit

Advent, Advent, die Lunte brennt

Der politische Irrsinn in Berlin dient in erster Linie der Finanzwelt der USA.
Exklusivabdruck aus dem Buch „Geld – Macht = mehr Leben!“.

von Rob Kenius
Foto: Fer Gregory/Shutterstock.com

Während täglich über die Verrücktheiten des Egomänen Donald in Brainwashington berichtet wird,

folgt die Berliner Politik unabirrt den aggressiven Transatlantikern. Besonders verheerend: die satten Steigerungen des Rüstungs-Etats. Dieser Irrsinn dient in erster Linie der US-Finanzwelt.

Die USA haben das meiste Geld, das größte Militär und sind die stärkste Wirtschaftsmacht, doch das politische System mit zwei Parteien, die sich wie Todfeinde gegenseitig zerfleischen, ist immer noch Wilder Westen. Über dem Parteiengenzank erhebt sich wie in einem laut ratternden Helikopter das Amt des Präsidenten. Dieser Posten steht offen für Schauspieler, Schaumschläger, Superreiche, Präsidentensöhne, Blender und absolute Egozentriker.

Der Medienrummel bei der Wahl verschlingt hunderte Millionen an Werbegeldern und am Ende setzt sich der Kandidat durch, der die Interessen der Finanzwelt am besten vertritt oder der dies am geschicktesten verbirgt. Es könnte aber auch so sein, dass der gewählte Präsident erst nach seiner Amtseinführung erfährt, dass er sich der Macht des großen Geldes in der Wallstreet und dem militärisch-industriellen Komplex beugen muss.

Der Außenseiter Donald Trump kam mit eigenem Geld an die Macht und hat den Verlierern der Globalisierung in seinem Land lautstarke Versprechungen gemacht. Doch seine Steuergesetze, die enorme Neuverschuldung und riesige Investitionen in die Rüstung sprechen eine andere Sprache:

Das Geld sprudelt aus der Staatskasse in Richtung Finanzsektor.

Die Politik der US-Regierung verwirklicht seit Jahrzehnten überwiegend die Interessen der Großfinanz. Während Donald

Trump seine Sympathien für Wladimir Putin nicht verbergen kann, rüstet er verstärkt gegen Russland. Russland hat Grenzen zu dreizehn Staaten, die USA haben nur Grenzen zu zwei Staaten. Warum sind die Militärausgaben der USA dreizehnmal so groß wie die Russlands?

Das Militär ist der Stolz der amerikanischen Nation und der Finanzsektor profitiert doppelt: Von den Investitionen in die Rüstung und von den enormen Staatsschulden, die durch die Militärausgaben weiter gesteigert werden.

Die Rüstungsindustrie wiederum treibt Börsenkurse in die Höhe, der Dow-Jones-Index steigt und steigt. Und besonders zuverlässig steigen die Aktien der Waffenindustrie.

Mit den Staatsschulden der USA hat es eine besondere Bewandtnis. Die US-Staatsschulden sind keine Schulden im üblichen Sinne, wo das Geld bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückgezahlt werden muss. Der Deal zwischen der Notenbank FED und der US-Regierung basiert auf einem unausgesprochenen Agreement, von dem beide Seiten profitieren:

Die Notenbank FED ist in privater Hand. Sie hat das Recht, Geld in beliebigen Mengen zu erzeugen, wenn sie es nur schafft, die Balance zu halten, sodass einerseits keine Inflation entsteht und andererseits immer genug Geld für die Regierung da ist, besonders für Rüstung und die zahlreichen Geheimdienste.

Die FED erzeugt Dollars genau so schnell, wie sie im Finanzsektor versenkt werden und die US-Regierung wird durch grenzenlose Kredite bei Laune gehalten. Sie bekommt von der Finanzwelt das Geld, das sie braucht, um überall auf der Welt, sogar im Weltraum, militärisch präsent zu sein und Drohgebärden aufzubauen.

Dieses Geld wird zum großen Teil als Schuld deklariert. Die Schuld wird nicht zurückgezahlt, nur Zinsen sind fällig. Wer die Zinsen einstreicht, ist selbstverständlich der Finanzsektor. Und wer bezahlt die Zinsen? Die Zinsen bezahlt der Staat, der das Geld über Steuereinnahmen von den werktätigen Bürgern und der Mittelschicht abkassiert. Die Staatsschulden der USA bleiben aber weiter bestehen und genau so fließt der Geldstrom der Zinsen immer weiter in die gleiche Richtung.

Die Superreichen zahlen weniger Steuern als Normalbürger (das kommt uns bekannt vor!). Warren Buffett, einer der drei reichsten Leute Amerikas, hat verwundert festgestellt und das auch publik gemacht, dass er selbst prozentual weniger Steuern zahlt als einige seiner Büroangestellten.

Das alles zeigt uns, wie der Finanzsektor in den USA die Fäden in der Hand hat. Die Vereinigten Staaten sind beim besten Willen kein Vorbild mehr für Wirtschaft, Politik und Demokratie. Dieses System ist beeindruckend, aber nicht mehr nachahmenswert.



Rob Kenius: „Geld – Macht = mehr Leben! – Was ist Geld im 21. Jahrhundert?“, Dezember 2018, eBook.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Rob Kenius ist Systemkritiker, freier Publizist und Buchautor. Er betreibt die Webseite kritlit.de (<https://kritlit.de>) und schreibt oder schrieb für oppositionelle Medien: **Telepolis**, **Rubikon**, **apolut**, **Krass&Konkret**, **Ossietzky** und jetzt **Manova**. Von ihm erschienen die politischen Sachbücher „Hunderttausend Milliarden zu viel – Finanzfeudalismus aus rationaler Sicht“, „Geld stinkt zum Himmel – Weniger Zunder mehr

„Zukunft“, „Leben im Geldüberfluss“, „Überleben im Überfluss“ und „Neustart mit Direkter Digitaler Demokratie“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.
Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.